

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
 □ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 14

Charlottenburg, Freitag, den 4. April 1913

Jahrg. 40

Sperrren

Bollsperrren: Altwasser (C. Tielisch & Co.).
 Assel (R. Carlte). Döbeln (Kehler & Herold). Flörs-
 im a. M. (Wilhelm Dienst). Gräfenthal (Karl
 Heidig). Köppelsdorf (Phil. Koch). Kranichfeld.
 hau (Beh, Scherzer & Co.). Rheinsberg. Schwarzen-
 sch (Kleintsch). Staffel.

Halbsperrren in Deutschland: Bonn (Mehlem).
 rstenberg a. Weser. Hennigsdorf bei Berlin. Köwigzelt.
 ummenaab. Meuselwitz. Deslau (Göbel). Passau. Reichenbach.
 Schwabe & Co.) Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.

Sperrren in Oesterreich: Briesen (Nestler
 Co.). Buchau (Blas & Köhner). Budapest (Drascha).
 Leßhübl (Joh. Schuldes). Krawsta (L. Fiala
 Sohn). Prag (Malerei Scharrer & Co.) Birken-
 immer (Fischer & Mieg).

Die Volksversicherung.

Die hohen Verwaltungskosten bei den Versicherungsgesell-
 schaften. Nachdem wir in Nr. 13 gezeigt haben, welche ein-
 geborgene Direktoren, Aufsichtsräte und Aktionäre bei den
 kapitalistischen Lebensversicherungs-Aktiengesellschaften machen,
 sehen wir diesmal einen weiteren Mißstand, der ganz be-
 sonders bei der Volksversicherung hervortritt, beleuchten: ihre
 hohen Verwaltungskosten. Es liegt im System der
 kapitalistischen Versicherung, die ausschließlich auf dem Grund-
 satz des persönlichen Eigennutzes und nicht auf dem der Solt-
 lilität der Versicherten beruht, daß deren Verwaltungskosten
 hoch sein müssen. Eine freiwillige Mitarbeit läßt sich nur
 erwarten, wo der kapitalistische Erwerbscharakter ausge-
 sprochen ist. Wenn in einer Gesellschaft an die Aktionäre
 abendenden bis zu 65 Proz. gezahlt werden, kann ihren Agenten
 zugemutet werden, daß sie gegen eine geringe Entschädig-
 ung aus idealer Begeisterung arbeiten.

Mit der Größe des Geschäftes wachsen die Einnahmen,
 und das Risiko der Lebensversicherung ein geringeres und
 naturgemäß bei den kapitalistischen Gesellschaften die
 Dividenden und Dividenden. Um ein großes Geschäft zu
 machen, ist aber der Abschluß vieler Versicherungen notwendig;
 diese zu erzielen, sind deshalb die Abschlußprovisionen für
 Agenten fortgesetzt gesteigert worden. Wenn die „Viktoria“
 ihrer Volksversicherung im Durchschnitt der letzten 8 Jahre
 jede Anwerbung eines Versicherten rund 6 Mk. zahlte,
 und wohl kein objektiv Urteilender einen solchen Zustand
 als einen gesunden bezeichnen wollen. Sechs Mark für
 Anwerbung bedeutet, daß der Versicherungsnehmer bei
 6 Wg. Wochenbeitrag über ein Jahr Prämien bezahlt haben
 ehe einmal die Kosten für den Eingang seiner Ver-
 sicherung gedeckt worden sind. Die hohen Abschlußprovisionen
 zwingen sehr leicht dazu, daß ein Teil der Agenten Leute
 zum Abschluß einer Versicherung über ihre wirtschaftlichen
 Verhältnisse hinaus zu überreden suchen, und daß infolgedessen
 der Verfall der Versicherungen in den ersten Jahren ein ganz
 hoher ist. Der große Verfall von Versicherungen aber ist
 der erste Schritt, der die Volksversicherung im Volk in Miß-
 bracht hat.

Zu den hohen Abschlußprovisionen kommen die hohen
 Kosten für die Eintastierung der Prämien (Intassospesen).
 Um Mißverständnissen vorzubeugen, wollen wir ausdrücklich
 betonen, daß die Bezahlung der Agenten keineswegs eine zu
 hohe ist; die Mängel liegen im System, nicht in den Personen.
 Wenn die Versicherungsgesellschaften auf England und Amerika
 verweisen, wo die Verwaltungskosten noch höher sind, so ist die
 Ursache eben die, daß dort die Agenten anständiger bezahlt
 werden als in Deutschland; das System ist aber überall das-
 selbe. Eine Aenderung desselben ist nur möglich, wenn, wie
 bei der „Volksfürsorge“, Organisationen mit großer Mitglieder-
 zahl Träger der Volksversicherung sind.

In der Januarausgabe ihrer Monatsblätter bringt die
 „Viktoria“ eine durchaus irreführende Darstellung über die
 Verwaltungskosten bei der Volksversicherung im Jahre 1911,
 indem sie diese in Vergleich stellt, nicht zur Prämieinnahme,
 sondern zur Gesamteinnahme, der ersteren also die Zinsen
 und Gewinne aus Kapitalanlagen hinzurechnet. Eine solche
 Methode der Berechnung ist durchaus falsch und nur darauf
 angelegt, die „Viktoria“ gegenüber anderen, jüngeren und
 kleineren Gesellschaften, deren Kapitalien nicht so große sind,
 in hellstem Glanz erstrahlen zu lassen. Nach den veröffent-
 lichten Angaben der „Viktoria“ haben wir in der nachstehenden
 Tabelle die Provisionen und Verwaltungskosten im Verhältnis
 zu der Prämieinnahme berechnet, wodurch allein der richtige
 Maßstab zur Beurteilung der Verwaltungskosten gegeben ist.

Gesellschaften	Einnahmen aus Prämien u. Gebühr. f. selbst- abgeschlossene Versicherungen in Tausende Mk.	Ausgaben für Provisionen und Verwaltungskosten nebst Verlust aus abgegebenen oder übernommenen Rückversicherungen in Tausende Mk.	Prozente der Prämien- Einnahmen
Viktoria	70 237	16 919	24,1
Friedrich Wilhelm	24 469	7 172	29,3
Iduna	5 193	1 618	31,1
Wilhelma	4 874	1 486	30,5
Deutschland	1 509	564	37,4
Arminia	1 670	794	47,5
Hamburg-Mannheim	1 535	593	38,6
Urania	1 210	479	39,6
Summa	110 697	29 625	26,8

Zahlen über die Verwaltungskosten der übrigen Gesell-
 schaften stehen uns leider nicht zur Verfügung, da in den bis-
 herigen statistischen Veröffentlichungen über die Lebensver-
 sicherungsgesellschaften im Jahre 1911 die Verwaltungskosten
 für die große und kleine Lebensversicherung zusammen, nicht
 getrennt voneinander, aufgeführt sind.

Gerade eine Gegenüberstellung der Verwaltungskosten der
 großen und der kleinen Lebensversicherung gibt uns aber erst
 ein richtiges Bild ihrer enormen Höhe bei der Volksversicherung.
 Für die „Viktoria“ und die „Friedrich Wilhelm“ war es uns
 möglich, an der Hand ihrer Geschäftsberichte eine getrennte
 Darstellung ausarbeiten zu können.

Raum mangels wegen können wir hier nur von dem
 Gesamtergebnis Kenntnis geben. Die Statistik für die „Viktoria“
 von 1904 bis 1911 ergab folgendes:

Große Lebensversicherung.

Zahl der neuabgeschlossenen Versicherungen 177 583
Prämieinnahme 355 505 599 Mt.

Die Ausgaben betragen:

für Abschlußprovisionen 18 559 154 Mt.
mithin per Abschluß einer Vers. 104,51 Mt. = 5,22% d. Pr.-E.
Zulassungsprovision 7 023 667,— " = 1,98% " "
sonstige Verwaltungskost. 10 610 148,— " = 2,98% " "
Gesamtverwaltungskost. 36 192 276,— " = 10,18% " "

Volksvversicherung.

Zahl der neuabgeschlossenen Versicherungen 3 318 019
Prämieinnahme 455 517 099 Mt.

Die Ausgaben betragen:

für Abschlußprovisionen 19 789 102 Mt.
per Abschluß einer Vers. 5,96 Mt. = 4,34% d. Pr.-E.
Zulassungsprovision 57 939 777,— " = 12,72% " "
sonstige Verwaltungskost. 29 276 657,— " = 6,43% " "
Gesamtverwaltungskost. 107 005 535,— " = 23,47% " "

Nach unserer Zusammenstellung für die „Friedrich Wilhelm“ von den Jahren 1908, 1909, 1910 und 1911 ergeben sich folgende Resultate:

Große Lebensversicherung.

Zahl der neuabgeschlossenen Versicherungen 66 896
Prämieinnahme 50 028 400 Mt.

Die Ausgaben betragen:

für Provisionen 4 197 718,— Mt. = 8,38% d. Pr.-E.
sonstige Verwaltungskost. 3 762 610,— " = 7,52% d. Pr.-E.
Gesamtverwaltungskosten 7 960 328,— " = 15,91% d. Pr.-E.

Volksvversicherung.

Zahl der neuabgeschlossenen Versicherungen 1 381 020
Prämieinnahme 86 745 283 Mt.

Die Ausgaben betragen:

für Provisionen 11 881 285,— Mt. = 13,69% d. Pr.-E.
sonstige Verwaltungskost. 13 782 084,— " = 15,89% d. Pr.-E.
Gesamtverwaltungskost. 25 663 369,— " = 29,58% d. Pr.-E.

Vergleichen wir einmal! Die gesamten Verwaltungskosten sind bei der Volksversicherung der „Vittoria“, trotz der enorm hohen Anwerbekosten für hohe Versicherungen (104,51 Mt. für den Abschluß einer Versicherung) mehr als doppelt so hoch wie bei der großen Lebensversicherung.

Besonders auffällig ist die Verteilung der sonstigen Verwaltungsansgaben — also die Ausgaben für Gehälter und Remunerationen, für Reisekosten, Bureaukosten, Drucksachen, Geschäftsbücher, Insertionsgebühren, Porto, Arzthonorare, Prozeßkosten — auf die beiden Abteilungen. Bei der Volksversicherung beträgt die Belastung mit sonstigen Verwaltungskosten in acht Jahren 29,3 Millionen Mark, bei der großen Lebensversicherung nur 10,6 Millionen Mark, oder prozentual von der Prämieinnahme gerechnet: bei der Volksversicherung 6,43 Proz., bei der großen Lebensversicherung 2,98 Proz. Wir bezweifeln, daß die „Vittoria“ ohne den Organisationsapparat der Volksversicherung imstande wäre, den reichen Leuten, welche Lebensversicherungen von über 10 000 Mt. abzuschließen in der Lage sind, die Versicherung mit dem geringen Verwaltungskostenfuß von 10,18 Proz. der Prämieinnahme zu bieten.

Auch bei der „Friedrich Wilhelm“ haben wir dieselbe auffällige Erscheinung wie bei der „Vittoria“. Die sonstigen Verwaltungskosten betragen bei der großen Lebensversicherung 7,52 Proz.; bei der Volksversicherung 15,89 Proz., sind also mehr als doppelt so hoch.

Bei dem ineinander greifenden Organisationsapparat für die große und kleine Lebensversicherung ist eine genaue Trennung der sonstigen Verwaltungskosten bei den einzelnen Kosten nicht durchführbar; wir erkennen auch ohne weiteres an, daß durch die Eindämmung kleiner Wochenbeiträge höhere Verwaltungskosten verursacht werden, als bei der Erhebung von Monats-, Quartals- oder Jahresbeiträgen; andererseits ist jetzt das ganze Verfahren in der Antragsbehandlung bei der Volksversicherung infolge des Fortfalls der ärztlichen Untersuchung viel kürzer und einfacher als bei der großen Lebensversicherung. Die summarische Behandlung der Versicherungsanträge verbilligt die Verwaltungskosten wieder, und so entsteht ein gewisser Ausgleich in deren Höhe bei der kleinen und der großen Lebensversicherung.

Angeht dieses Umstandes erscheint uns die mehr als doppelt so hohe Belastung der Volksversicherung mit sonstigen

Verwaltungskosten nicht gerechtfertigt. Sollte nicht auch der Anteil, den das „Volk“ zu zahlen hat, wie so häufig der kapitalistischen Gesellschaft, etwas gar zu hoch bemessen sein?

Jedenfalls steht aber fest: die Volksversicherung war her mit so hohen Verwaltungskosten belastet, daß wirklich behauptet werden kann, durch sie werde das Volkswohl gefördert.

Die wirtschaftliche Lage der britischen Keramikindustrie im Jahre 1912.

Das Jahr 1912 war durch flotten Geschäftsgang in den Wirtschaftszweigen ausgezeichnet und die Arbeitslosigkeit im allgemeinen von geringem Umfang. Berechnet nach den Ständen am Schlusse eines jeden Monats betrug zwar die relative Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder im Jahresmittel 3,2 Prozent, verglichen mit 3 Prozent 1911. Doch ist diese Erhöhung der Arbeitslosenziffer lediglich durch den Kohlenmangel infolge des Generalstreiks der Bergarbeiter bewirkt worden. In den Monaten Januar, Februar, März, April, Mai und Juni bis Dezember war 1912 die Arbeitslosigkeit geringer als 1911, in den Monaten März bis Mai war sie 1912 größer als 1911.

In der Keramikindustrie verursachte der Kohlenmangel umfangreiche Betriebseinschränkungen und Einstellungen; daher wurde umso intensiver gearbeitet. Die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder betrug am Schlusse eines jeden Monats der Jahre 1912 und 1911:

	Arbeitslose in Prozent			Arbeitslose in Prozent	
	1912	1911		1912	1911
Januar	1,2	2,0	Juli	0,8	
Februar	1,3	1,8	August	0,7	
März	89,1	1,5	September	0,4	
April	1,3	2,0	Oktober	0,4	
Mai	0,5	1,3	November	0,5	
Juni	0,4	1,6	Dezember	0,9	

Die Arbeitslosenziffer der Keramarbeiter war in den Monaten mit Ausnahme von März erheblich niedriger als jene aller berichtenden Gewerkschaften.

Von Arbeitskämpfen war die britische Keramikindustrie im Jahre 1912 fast ganz frei. Es kam nur ein bemerkenswerter Streit vor, und zwar stellten in Stoke am Trent 895 Keramarbeiter wegen Maßregelung von Kollegen die Arbeit ein, wodurch noch etwa 200 andere Personen indirekt zum Streik gezwungen wurden. Nach 18tägiger Dauer endete der Streik mit einem Vergleich.

In Glasgow (Schottland) wurde eine Lohnbewegung der Steinzeugdreher durch Schiedspruch beendet. Der Schiedsrichter Prof. Richard Lodge erhöhte den Normallohn der Keramarbeiter auf 36 Schilling für die 60stündige Arbeitswoche, doch wies er die Forderung auf Erhöhung aller Stücklöhne als ungerechtfertigt ab. Die Stückerbeiter bildeten die Mehrheit, sie gingen aber bei der Affäre leer aus. Im Juli wurde eine Arbeitsstreitigkeit zwischen den Keramarnehmern und Arbeitern der Rodingham-Branche in Glasgow von demselben Schiedsrichter erledigt. Der Hauptstreit war eine fünfprozentige Lohnerhöhung für gewisse Arbeiterkategorien.

Angehts der sehr günstigen Wirtschaftskonjunktur zu erwarten gewesen, daß die Arbeiter viel ausgiebigere Verbesserungen ihrer Lage durchsetzten. Wenn das nicht geschehen ist, so ist daran nur die Schwäche der Organisation schuld.

Zum Vergleich soll bemerkt werden, daß in allen Wirtschaftszweigen mit Ausnahme der Schifffahrt — für die genaue Angaben nicht erhältlich sind — 1 712 242 Arbeiter an Lohn erhöhungen teilnahmen. Das Ausmaß dieser Lohnerhöhungen betrug in der Woche 2 632 340 Mark oder 1,54 Mark pro Arbeiter und Woche. Lohnerhöhungen erlangten 92 000 Bergarbeiter, 343 391 Textilarbeiter, 299 170 Metallarbeiter, 90 674 Bauarbeiter usw. Noch niemals seitdem die Schifffahrt der Lohnbewegungen geführt wird, setzten so viele Arbeiter Lohnerhöhungen durch, als im letzten Jahre. Aber es ist zu bedenken, daß nur 17 Prozent aller Arbeiter an der Lohnverbesserung der Löhne teil hatten, während bei 83 Prozent die Löhne gleich blieben, wenn auch ihr Verdienst infolge der mehr beständigen Beschäftigung und der geringen Arbeitslosigkeit höher war als in den vorausgegangenen Jahren. Man sieht daraus, daß die Gewerkschaften sehr reaktionär sein müssen, um eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen zu erzielen. Lohnlärzungen betrafen 1912 nur 57 Arbeiter.

glücken mit 399 362 1911, 137 464 1910, 1 131 505 1909, 216 1908, 2930 1907, 5140 1916 usw. In dem Zeitraum von 1896 bis 1911 überschritt das Ausmaß der Lohnerhöhungen die Lohnkürzungen um wöchentlich 10 125 000 Mark.

Die Preise sind in den letzten Jahren bedeutend gestiegen. Die Großhandelspreise waren 1912 um 15 Prozent höher als 1911 und um 5,7 Prozent höher als 1911. Der nach dem Bedarf einer Arbeiterfamilie berechnete Gesamtpreis der 23 wichtigsten Nahrungsmittel war in London im Jahre 1912 um 14,9 Prozent höher als 1900 und um 5,6 Prozent höher als 1911. Die Steigerung des Kleinhandelspreises machte sich aus: Bei Brot 9,1, Mehl 5,5, Zucker 10,5, Rindfleisch Hammelfleisch 3,9, Butter 4,7, Kartoffeln 1 Prozent usw. Infolge der guten Wirtschaftslage hat im Jahre 1912 sowohl die Ein- wie die Ausfuhr von Waren beträchtlich zugenommen. Die Gesamteinfuhr wurde mit 14,898 Millionen Mark bewertet, oder um 1,285 Millionen Mark höher als 1911. Der Wert der Gesamtausfuhr stieg von 9,083 Millionen Mark auf 9,749 Millionen Mark. Die Ein- und Ausfuhr feinerkeramischer Waren in den Jahren 1912 und 1911 anschaulich die folgende Tabelle:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1912	1911	1912	1911
	Pfd. St.	Pfd. St.	Pfd. St.	Pfd. St.
Quartal	223 986	220 100	753 237	745 349
"	226 401	272 295	615 069	752 390
"	275 218	238 230	848 325	672 011
"	272 600	254 393	934 955	859 303
Jahren:	998 205	985 018	3 151 586	3 029 053

Der Wert der eingefuhrten feinerkeramischen Waren stieg 1912 auf 19 700 400 Mark 1911 auf 19 965 000 Mark 1912; Wert der Ausfuhr stieg von 60 582 000 Mark auf 63 032 000 Mark. (1 Pfd. St. = 20 Mark.) Diese Zahlen bezeugen, dass das Exportgeschäft für die britische Keramikindustrie von großer Bedeutung ist.

Es steht zu erwarten, daß der gute Geschäftsgang auch 1913 andauern wird. Hoffentlich gelingt es dann den britischen Keramarbeitern, mehr Vorteile zu erlangen als im letzten Jahre.

Zur Generalversammlung

Zum Statutenentwurf.

Es ist unstrittbar und zweifelsohne keine zu unterschätzende Aufgabe und keine geringe Tätigkeit gewesen, vor die man die gemeinsame Kommission, die sich mit der Grundlage zu dem großen Werk der Verschmelzung, dem neuen Statut, zu setzen hatte, gestellt hat. Da nunmehr die Verhandlungen Beratungen der Kommission zum Abschluß gelangt sind und das Ergebnis vorliegt, dürfte nun die Gewißheit bestehen, die vielfältigen Schwierigkeiten, die sich anscheinend immer bei der Zusammenschließung der drei Verbände hindernd in den Weg gestellt sind, beseitigt sind. Daß bei dem nun fertiggestellten Entwurf die erhöhte Kampffähigkeit des neuen Verbandes besonders hervorgehoben ist, ist ohne weiteres richtig und anerkennenswert. Sag es doch bis jetzt schon im innersten Wesen aller in Frage kommenden Verbände, diese Kampffähigkeit zu erhalten und zu behalten, und den Charakter als Kampfesorganisation, der den drei Organisationen eigen ist, erkennen auf den ersten Blick an den Summen, die für Streiks und Aussperrungen verausgabt wurden. Seit dem Jahre 1883 bis 1911, also innerhalb 18 Jahren, wurden für diesen Zweck vom Töpfer-, Glasarbeiter- und Porzellanarbeiterverband zusammen über drei Millionen Mark ausgegeben. Aber in der Wahrung und Weitergestaltung der Kampffähigkeit sind aus verschiedenen, meist selbstverständlichen Gründen, anderen Unterstüßungseinrichtungen, Arbeitslosen-, Kranken-, Frauenunterstützung usw. in das Statut des neuen Verbandes mit aufgenommen werden. Die mühselige, zeitverzehrende und aufopfernde Arbeit, desgleichen die ehrliche Arbeit der Kommission, beiden Teilen, dem Verband und den Mitgliedern, möglichst gerecht zu werden, ist kaum zu bestreiten. Hierin wird in der neuen Vorlage noch manches enthalten, das noch ein Geringes verfeinert, ausgefeilt, vervollständigt werden muß, ohne daß dabei das große Ziel des Zusammenschlusses, die endgültige Verschmelzung in Frage gestellt würde. Der grundsätzliche und organisatorische Entwurf dürfte wohl ungeteilte Zustimmung

erhalten, so dürfte auch die Beitragsleistung und die Staffellung nach dem Verdienst, Anerkennung finden, weil dadurch die Frage der Beitragszahlung gerecht und glücklich gelöst wurde. Die Krankenunterstützung jedoch würde, von der Unterstützungsdauer einmal ganz abgesehen, dadurch einen etwas unsozialen Anstrich erhalten, wenn die Bestimmung im Entwurf zum Beschluß erhoben werden sollte, daß die Unterstützung erst vom 4. Werktag ab geleistet würde. Wir würden dadurch nicht nur in die unphilantropischen Fußstapfen der Zwangs-Krankenversicherung treten, sondern uns sogar noch mehr als diese unsozial zeigen. Bei diesen werden in der Regel bei den drei Karenztagen die Sonn- und Feiertage mitgezählt. Bei einer Bestimmung aber, daß die Krankenunterstützung erst mit dem 4. Werktag beginnt, würde die Karenzzeit, da hier die Sonntage, sowie die Feiertage nicht mitgezählt werden, unter Umständen 4 bis 5 Tage ausmachen. Es würde dies auch keineswegs zum finanziellen Vorteil des Verbandes ausfallen, sondern in sehr vielen Fällen in das Gegenteil umschlagen. Wir bekämpfen bei den Zwangskassen, Orts- und Gemeindefrankenkassen usw. die Karenzzeit mit dem Hinweis, daß letzten Endes die Kassen selbst die Geschädigten sind. Denn das Bewußtsein, daß der Arbeiter die ersten drei Tage während einer Krankheit nichts erhält, schreckt ihn davon ab, sich überhaupt krank zu melden. Davon aber wird in häufigen Fällen der Zustand verschlimmert, der Patient ist nun gezwungen, auszusehen, es tritt vielleicht erst recht eine langwierige Krankheit ein, die im Keim, im Anfangsstadium hätte erstickt werden können. Wenn nun die Möglichkeit nicht vorhanden ist, die Unterstützung am 1. Karenztage eintreten zu lassen, so müßten höchstens zwei Karenztage genügen. Bei der Arbeitslosenunterstützung müßte wohl oder übel die Karenzzeit von 6 Tagen, mit Rücksicht eben auf die notwendige Kampffähigkeit und um immer die große Sache der Verschmelzung der drei Verbände mit verschiedenartigen Berufsgruppen im Auge zu behalten, in Kauf genommen werden. Anders jedoch bei Lohnkämpfen, bei Streiks und Aussperrungen. Hier müßte unter allen Umständen von jeder Wartezeit auf Unterstützung abgesehen werden. Das Gelingen, das Siegen in einem Kampfe hängt hier davon ab. Wie viele wenig aufgeklärte Berufskollegen werden beim Beginn eines Lohnkampfes usw. mitgerissen. Fällt dann die Unterstützung nicht sofort, müssen vielmehr, wie der Entwurf es vorschlägt und wie das bisherige Statut unseres Verbandes bestimmt, erst drei Tage Karenzzeit durchgemacht werden, dann fällt sofort beim ersten Ansturm ein Teil der nicht kampferprobten Kolleginnen und Kollegen ab. Der Kampf schleppt sich langsam dahin, flacht ab und verläuft zuletzt im Sande, große finanzielle und persönliche Opfer verschlingend. Zum erfolgreichen Kampfe bedürfen wir kampfstroher Streiter, diese haben wir nur dann, wenn wir mit der Unterstützung sofort bei der Hand sind. Deshalb fort mit dem Absatz, der verlangt, daß die Unterstützung vom 4. Werktag ab in Kraft tritt. Die Zusammensetzung des Vorstandes, sodaß außer einem 1. und einem 2. Vorsitzenden zwei Sekretäre in Betracht kommen, muß bei der bedingten Mehrarbeit als Notwendigkeit erachtet werden. So kann es nun, wenn der kommende gemeinschaftliche Kongreß kleinere Mängel aus dem Entwurf beseitigt hat, an das große Werk der Verschmelzung herangehen, was auch, wenn nicht alle Anzeichen trügen, vollbracht werden muß, zum Wohle und Nutzen aller Berufskollegen.

Georg Hade-Bayreuth.

Zum Statutenentwurf.

Bei dem Lesen des Statutenentwurfs kann man im ganzen sagen, daß sich die Kommission erhebliche Mühe gegeben hat, auch wenn man nicht mit allem einverstanden ist, oder sein kann. Bei Paragraph 3 ist nur zu bedauern, daß wir immer noch gezwungen sind, Leute in den Verband aufzunehmen, die ihren Mitarbeitern durch Streikbruch in den Rücken gefallen sind. Wie die Verhältnisse aber heute noch liegen, ist es unmöglich, jeden, der dieses getan hat, zurückzuweisen. Da ja auch der Vorstand in letzter Linie zu entscheiden hat, ob der oder jener aufgenommen wird, oder nicht, so können wir sicher sein, daß keine gewerbsmäßigen Streikbrecher in den Verband aufgenommen werden. Zu Paragraph 5 wäre zu der Staffellung der Beiträge nichts zu sagen, nur, daß noch unterstützten Mitgliedern zugemutet wird, Beiträge zu zahlen. Mit diesem Modus sollte man endlich ein Ende machen. Bei den letzten Generalversammlungen sind die Unterstützungsbezüge wegen der Verschmelzungsfrage schon erheblich herabgesetzt worden, so daß in dieser Beziehung nun

endlich einmal Schluß gemacht werden könnte, wenn es nicht dahin kommen soll, daß die Mitglieder das Interesse an der Verschmelzung verlieren. Ebenso halte ich es für einen Fehler, daß man die Beiträge zu Lokalfonds statutarisch festlegen will. Wenn wir auch die Staffelbeiträge haben, so ist es doch schon so, daß jeder Mühe hat, die ordentlichen Beiträge aufzubringen. Es darf also nicht stattfinden, daß, wer die Lokalbeiträge nicht geleistet hat, in seinen Rechten im Verband benachteiligt werden kann. Dieser Passus würde nur wieder ein Zankapfel für diejenigen Zahlstellen sein, die so schon in der Erfüllung der gewerkschaftlichen Pflichten an erster Stelle stehen, denn die andern haben eben keine Wünsche in dieser Beziehung. Es kann heute ein Mitglied 40 Mark pro Woche verdienen und doch schlechter in der Lage sein, seinen Pflichten nachzukommen als das andere Mitglied mit der Hälfte des Verdienstes. Allerdings hängt das Meiste vom guten Willen des Mitgliedes ab, ob es seine Pflicht erfüllen will, oder nicht. Wenn ich mich in dieser Weise dagegen erkläre, so leitet mich der Gedanke dabei, durch allzu starke Verpflichtungen uns die Agitation für unsere gerechte Sache nicht unmöglich zu machen, da ich der Höhe der Beiträge die Schuld beimesse, daß wir so wenig Hilfsarbeiterinnen, wie Arbeiter, sowie Berglöh- und Brennhausarbeiter in unserem Verbands haben und diese sich teilweise in dem Fabrikarbeiter-Verband organisiert haben. Die Arbeitslosenunterstützung könnte so gelassen werden, auch die Dauer des Bezuges, da uns ja in dem Entwurf eine neue Art Unterstützung zugesagt wird, ich meine die Sterbeunterstützung, die jedes Mitglied erhalten soll, wenn ihm seine Frau stirbt, wenn ich auch gerne sehen würde, daß die Unterstützung die gleiche wäre, wie bei dem Mitgliede selbst. Gegen die Höhe der Krankenunterstützung will ich nichts sagen, nur die Dauer ist nicht lang genug, es müßte nicht heißen: 5, 7, 9, 12 und 15 Wochen, sondern: 5, 8, 11, 14 und 17 Wochen. Obwohl die heute geltenden Bezugsdauern schon das Aeußerste darstellen sollten, so ist doch zu bedenken, daß die Mitglieder für ihre Frauen ein Sterbegeld erhalten sollen. Und was die Hauptsache ist, den Kriegsfond so viel wie möglich zu stärken, damit wir in der Lage sind, dem Unternehmertum energischer wie bisher entgegenzutreten zu können. Angesichts der traurigen Lage der Porzellanarbeiter ist es eine Notwendigkeit, daß viel energischer vorgegangen wird, da sich ein großer Teil der Unternehmer nichts daraus macht, ob wir auf diese oder jene Weise zu grunde gehen. Hauptsache ist und bleibt bei diesen das Wachsen des eigenen Geldsacks. Als gute Patrioten, die sie immer sein wollen, kann man sie garnicht gelten lassen, da durch die Löhne, die sie zahlen, es immer weniger Arbeitern möglich wird, sich so zu ernähren, daß sie in der Lage sind, das Vaterland, wenn es in Gefahr ist, verteidigen zu können. Auch daß die Abschlüsse zu festgesetzter Zeit eingesandt sein müssen, ist zu unterstützen. Es soll dieses zwar heute schon so sein, doch giebt es eine große Anzahl Zahlstellen, die doch recht unpünktlich sind. Wird diesen Zahlstellen nun in Zukunft kein Verbandsorgan zugestellt, solange sie nicht ihren Abschluß eingesandt haben, wird es doch eine Reihe Mitglieder geben, die der Zahlstellenverwaltung, sowie denjenigen Mitgliedern, welche an der Verzögerung schuld sind, ihre Meinung sagen. So manches Mitglied läßt es heute noch an der nötigen Energie betreffs Vertretung seiner Interessen fehlen; dadurch wird den anderen der Kampf erschwert. Daß eine gesunde Portion Energie nicht immer zum Schaden jedes einzelnen Mitgliedes wird, dafür habe ich Erfahrung grade genug gesammelt. In den meisten Fällen ist es kein Unglück, wenn man in der Porzellanindustrie keine Arbeit mehr findet oder bekommt, es läßt sich auch ohne diese Herrschaften leben und zwar länger und besser. Obwohl mir die letzten zwei Jahre der Porzellanstau viel zu schaffen gemacht hat, bin ich doch jetzt wieder in der Lage gewesen, eine Lehnerhöhung durch Aufkündigung der Arbeit durchzudrücken. Es wird noch der von den Unternehmern verbreitete Unfimm geglaubt, daß man nur aus lauter Menschenfreundlichkeit die Arbeiter beschütze. Daß das nicht der Fall ist, sollte doch bald jeder Mensch wissen. Es ist notwendig, einmal eine Abhandlung darüber zu schreiben, wie früher die Arbeiter bezahlt und behandelt wurden und heute, damit die jüngere Generation einmal sehen könnte, wie tief die Löhne grade in unserem Beruf gesunken sind. Wo noch dieselben Löhne erzielt werden, werden sie nur dadurch erzielt, daß sich die Arbeiter doppelt abmühen müssen. Wo bleibt da der Ausgleich der verteuerten Lebensverhältnisse?

Karl Fehß, Hamborn.

Verbands-Angelegenheiten

Nach § 3, Ziffer 3 des Statuts, vom Verbandsausgeschlossen, wurden: Andreas Roemen, Dr., Buchnummer 41643, geboren 4. 9. 1893 in Maastricht (Holland) zuletzt der Zahlstelle Meissen angehörig. (Wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern).

Max Deter, Dr., aus Delitzsch, Buch.Nr. 17877.

Hermann Kirchner, Dr., aus Rheinsberg, Buchnummer 32598.

Paul Bringmann, Dr., aus Rheinsberg, Buchnummer 28338, sämtlich wegen Streitbruch in Rheinsberg. Der Vorstand.

An die Zahlstellenkassierer- und Revisoren.

Die Bestimmung des § 10, Ziffer 2 der Kassenordnung trotz der Bekanntmachung in Nr. 51 und 52 der „Ameise“ 1911 und Nr. 1 und 2 des laufenden Jahres von einigen Kassierern bei Fertigstellung des Abschlusses pro 4. Quartal nicht beachtet worden. Die betreffenden Kassierer verrechneten in der Abrechnung des 4. Quartal Ausgaben, die im 1. Quartal gemacht wurden, insolgedessen auch erst in der Abrechnung des 1. Quartals verrechnet werden dürfen. Es ist Pflicht der Revisoren darauf zu dringen, daß der Zahlstellenkassierer die Buchung und Verrechnung der Ausgaben nach obengenannter Bestimmung der Kassenordnung vollzieht. Es ist natürlich notwendig, daß die Revisoren selbst bei den Revisionen genau nach den Bestimmungen der Kassenordnung verfahren, um mit Erfolg den Zahlstellenkassierer zur Pünktigkeit anzuhalten.

Die Zahlstellenkassierer sollen und müssen sich bei den Vierteljahresabrechnungen genau nach dem Kalendervierteljahrsrichten. Ich mache dieselben deshalb nochmals besonders auf obige Bestimmung der Kassenordnung aufmerksam.

Es dürfen in der Abrechnung des 1. Quartals nur solche Ausgaben verrechnet werden, die in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 31. März, denn nur dieser Zeitraum umfaßt das 1. Quartal, gemacht werden.

Das gilt nicht nur für die Ausgaben an Unterstützungen usw., sondern auch für die Geldsendungen an die Hauptkassen. Wird z. B. ein beliebiger Betrag an die Hauptkasse gesandt und derselbe wird noch am 31. März auf dem Postamt des Ortes der Zahlstelle eingezahlt, dann ist dieser Betrag in der Abrechnung des 1. Quartals in Ausgabe zu stellen. Wird jedoch der Betrag am 1. April auf dem Postamt eingezahlt, dann ist dieser Betrag im 2. Quartal in Ausgabe zu stellen und kommt insolgedessen auch erst in der Abrechnung des 2. Quartals zur Verrechnung, weil mit dem 1. April das 2. Quartal beginnt. Auch alle andern Beiträge, welche ab 1. April zur Auszahlung gelangen, ganz gleich, ob in Form von Unterstützung, Entschädigung usw., sind im 2. Quartal in Ausgabe zu stellen.

Alle Beträge, bei denen aus den Quittungen und Pausenabschnitten hervorgeht, daß sie erst im April zur Auszahlung bzw. Einzahlung gelangten, jedoch in der Abrechnung des 1. Quartals verrechnet sind, werden aus der Abrechnung gestrichen.

Um die Unordnung, die durch ein solches Verfahren den Kassenbüchern entstehen würde, zu vermeiden, ersuche ich die Zahlstellenkassierer die Bestimmung der Kassenordnung genau zu beachten.

Betreffs der Wochenbeiträge bemerke ich, daß Restbeiträge vom 1. Quartal, die erst im April, aber noch vor Fertigstellung der Abrechnung bezahlt werden, noch in der Abrechnung des 1. Quartals verrechnet werden können.

Ferner ersuche ich die Zahlstellenkassierer, sofort, in Rücksicht auf etwaige Restanten, die Abrechnung fertig zu stellen und einzusenden, damit bis zum 20. April von allen Zahlstellen die Abrechnungen im Verbandsbureau eingegangen sind.

Bei Ausfertigung der Beitragsliste bitte ich zu beachten, daß gemäß § 11, Ziffer 1 der Kassenordnung die Mitglieder der Reihenfolge nach aufzuführen sind. Muß wegen eines Mitgliedes in irgendeiner Angelegenheit die Beitragsliste unterbrochen werden, was täglich mehrere Male vorkommt, so sind die Mitglieder nicht der Reihenfolge der Nummern nach aufgeführt, dann ist die Suche nach dem betreffenden Mitgliede sehr zeitraubend. Die auf diese Weise täglich verlorene Arbeitskraft und -Zeit könnte nutzbringender für die Organisation verwandt werden, wenn die Kassierer die vorgeschriebenen Bestimmungen des Statuts und der Kassenordnung genau beachten. Wilhelm Herden, Verbandskassierer.

Situationsbericht. In Volkstedt, Firma „Älteste Volkstedter Porzellanfabrik“ ist die Bewegung bei den Brennern auf dem Vergleichswege beigelegt worden. Die Sperre ist wieder aufgehoben.

In Döbeln, Firma Kessler & Herold, läuft der Streit unverändert weiter.

In Rheinsberg, Firma C. & E. Carstens, ist am Stand des Streiks eine Aenderung nicht eingetreten. Auf das schriftliche Angebot von ev. Verhandlungen ist den Streitenden weder eine schriftliche noch mündliche Antwort gegeben worden. Wie uns weiter berichtet wird, soll der Oberdreher Neumann seines Postens enthoben worden sein. Es wäre besser gewesen, die Tätigkeit des Neumann wäre schon früher schärfer unter die Lupe genommen worden; vielleicht wäre manches unterblieben, was heute als vollendete Tatsache zu bedauern ist.

In Auma, Firma Berghaus, sollen den ungelerten, und auch leider unorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen die Löhne wieder einmal herabgesetzt worden sein. Als Ausgleich soll diesen Arbeiterkategorien dafür der „Bund“, das Organ der Selben, gratis geliefert werden. Wenn der Anschauungsunterricht, den die Firma Berghaus damit „ihrer“ Arbeiterschaft gibt, immer noch keine Resultate zeitigt, dann dürfte wohl diesen Arbeitern überhaupt nicht mehr zu helfen sein.

Beiträge erwünscht **Aus unserem Berufe** Beiträge erwünscht

Altbaldensleben. In der Müller'schen Steingutfabrik herrschen seit dem Kauf derselben, die denkbar schlechtesten Verhältnisse. Der Betrieb ist der reinste Laubenschlag. Die Aufglasmaler wechseln meistens schon nach 14 Tagen ihre Stellung. Die Löhne sind so, daß kein verheirateter Maler damit auskommen kann. Dann mangelt es oft an Geschirr. Einzelne Stücke müssen im Afford gemacht werden. Es ist sogar vorgekommen, daß den Malern, die Stunden angegeben haben, nur zwei Drittel von den angegebenen Stunden verrechnet worden sind. Die Muffeln müssen unkundige Arbeiter abbrennen, ein Aerograph ist vorhanden, der den hygienischen Vorschriften widerspricht. Apparate sind vorhanden, die man vor 20 Jahren gehabt hat, mit welchen aus den Fenstern gespritzt wird. Zu essen braucht der Maler nichts, er wird vom Farbstoff satt. Bei den Unterglasurmalerinnen mangelt es ebenfalls an Geschirr, so daß sie teilweise in der Woche zwei bis drei Tage aussetzen müssen. Bei verschiedenen Decoren sind die Preise erheblich reduziert worden. Die Heizung im Winter läßt sehr viel zu wünschen übrig. Ein eisener Ofen steht in der Malerei; wenn in demselben Feuer gemacht wird, ist die Malerei eine Räucherlampe. Jede Woche wird nur ein Geschirrtopf abgebrannt. Der Wechsel im Brennhaus ist ebenfalls sehr stark. Ein Oberbrenner, ein früherer Freund von Müller, ist wegen politischer Gesinnung entlassen worden. Diese soll darin zu suchen sein, daß der Oberbrenner Mitglied des Arbeitergesangsvereins zu Neugaldensleben ist. Der maschinelle Betrieb steht auf dem Absterbeetat. Der Kessel ist schon über zwei Jahr nicht geklopft worden und die Transmissionswellen sind schon fast durchgelaufen. Die größten Schimpfwörter sind an der Tagesordnung. So z. B.: „Sie sind verrückt, sie haben einen Klapps, ich brauche ihren Dreck nicht, wems nicht paßt, kann gehen.“ Ein Buchhalter, namens Hinge, waltet dort seines Amtes, der seinem Herrn nicht viel nachsteht. Maler werden immer in Reserve gehalten. Die auswärtigen Maler, die hier in Arbeit treten wollen, werden deshalb gut tun, Stellenangebote nach hier zu unterlassen, oder sich vorher bei der zuständigen Organisation Erkundigungen einzuholen.

Grosstzeilenbach. Auf das Schreiben des Herrn Jul. G. Harraß, betreffs der Mißstände in seinem Betrieb, haben wir folgendes zu erwidern: Es besteht absolut keine Veranlassung, auch nur ein Wortchen von dem Geschilderten zuzunehmen. Wenn Herr Harraß in seinem Brief sagt, der Bericht wäre frech und erlogen, dann kann er es darauf ankommen lassen. Wir könnten dasselbe von seinem Briefe behaupten. Er äußerte sich einem unserer Kollegen gegenüber, die Arbeiter wären empört gewesen über den Bericht. Wir haben nun die Kollegen der Firma Jul. G. Harraß besucht. Diese sind ganz erstaunt, wie Herr Harraß jun. zu solchen Ausdrücken kommt. Daß der Bericht den Tatsachen entspricht, dafür ist ja der beste Beweis der, daß Herr Harraß jun. geäußert hat, durch derartige Artikel würden nur die Leute

verheßt und dies sei geschehen, indem ihm gesagt worden sei: „Er solle lieber das Geld für die Badefarten einer Scheuerfrau geben und sollte scheuern lassen.“ Wo waren denn die Listen der jugendlichen Arbeiter im Brennhaus? Nun, wir wissen es. Wie kommt es, daß auf einmal die alten Aborte verlegt worden sind? Wieviel sind von den neuen Aborten verschlossen gewesen? Hat es nicht erst dieser Aufmunterung bedurft, um einmal gründlich einigermaßen reinigen zu lassen?

Wie meint denn Herr Harraß die Stelle in seinem Brief: „Da es hier gilt, der Wahrheit die Ehre zu geben?“ Soll sich das auf uns beziehen, oder auf Herrn Harraß jun.? Derjelbe versteht es ja meisterhaft, seinen Leuten allerhand zu erzählen, was ein Kollege von uns zu ihm gesagt haben soll. Aber ein Zeichen, daß uns die Leute doch mehr vertrauen schenken, ist dies, daß uns alles wieder berichtet wird. Wenn noch mehr Winkelzüge gemacht werden, so ruhen und rasten wir doch nicht eher, bis wir auch den letzten Mann noch aus dem Betriebe für unsere Organisation geholt haben. Dabei steht uns vollkommen fern, die Leute aufzuheben. Nur ausklären wollen wir sie darüber, was die Herren Fabrikanten aus den Knochen der Arbeiter herauschinden, um sich hierfür schöne Willen bauen zu können, usw. Durch die Organisation werden wir aber die Mißstände beseitigen und auch dann bessere Lohnverhältnisse für uns erringen.

Die Verwaltung.

Wilhelmsburg (Nieder-Oesterreich). Alle Kollegen und Kolleginnen, die in der Steingutfabrik in Wilhelmsburg Arbeit nehmen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitsvermittlung sich im Konsumverein von Wilhelmsburg befindet, jeder Arbeitssuchende wende sich daher an die Arbeitsvermittlung.

Kostbares Porzellan. Aus London wird berichtet: Bei der Versteigerung der großen Sammlung von Sevres-Porzellan, die der verstorbene John Chodshut zusammengebracht hatte, erzielten bei Christie ein Teeservice von Le Guay, aus sieben Stücken bestehend, 10080 Mark. Für fünf gemalte Teller im Stile Somers bot ein Liebhaber 12180 Mark an, und ein Teeservice von Biellard, aus vier Teilen bestehend, fand für 11860 Mark einen Abnehmer. Für ein Paar „Eventail jardinières“, von Boden herrührend, aus dem Jahre 1763 wurden 21000 Mark bezahlt.

Die Lage der Porzellanfabrikation. Die „Neue Hamburger Börse“ schreibt in ihrer Nummer vom 14. März: Die deutsche Porzellanindustrie hat im Jahre 1912 sehr günstig abgeschlossen. Die Rente, die das im genannten Gewerbeinvestierte Kapital abwirft, ist merklich gestiegen. Dabei war das verfloßene Jahr für die inländische Porzellanindustrie durchaus nicht von Kämpfen frei. Die alte geschlossene Verbandsorganisation löste sich im Herbst auf, eine neue, bei weitem nicht so umfassende trat an ihre Stelle. Die zahlreichen, wenn auch durchweg kleineren Außenleiter, mit denen der neue Verband zu rechnen hat, machen es ihm nicht ganz leicht, die Preise nach eigenem Gutdünken festzusetzen. Schon seit längerer Zeit sind infolgedessen Differenzen zwischen dem Verband deutscher Porzellanfabriken auf der einen, dem Verband der Warenhäuser auf der anderen Seite ausgebrochen, die jüngst zu einem regelrechten Boykottbeschlusse der letzteren Vereinigung gegen die erstgenannte Konvention geführt haben. Von der diesjährigen Leipziger Frühjahrmesse wird berichtet, daß sich die Folgen dieses Beschlusses schon recht bemerkbar gemacht haben. Allerdings ist man in den Kreisen des Porzellanverbandes recht optimistisch gestimmt. Man weist darauf hin, daß der Bedarf der Warenhäuser sich in der Hauptsache auf billigere Produkte beschränkt, während die Mitglieder der Konvention vor allem Qualitätserzeugnisse herstellen. Soweit diese letzteren für sie überhaupt in Betracht kämen, seien die Warenhäuser nunmehr auf die alten Porzellanmanufakturwaren in Meissen, Nymphenburg usw. angewiesen, die bekanntlich nur zu sehr teuren Preisen lieferten.

Es wäre jedenfalls recht bedauerlich, wenn der erwähnte Kampf den Fortschritt gerade jener Porzellanfabriken hemmen sollte, die durch das Heranziehen kunstgewerblicher Kräfte zu geschmackvollen Entwürfen der heimischen Porzellanindustrie den Rang eines Qualitätsgewerbes verschafft und weite Schichten des Publikums überhaupt erst wieder mit guten und nicht zu teuren Porzellanen befreundet haben. Was die allerletzten Jahre für die Porzellanfabriken bedeutet haben, ergibt sich auch aus einer Verfolgung der jeweils gezahlten Durchschnittsdividende. Im Jahre 1912 legten 27 Aktiengesellschaften der genannten Industrie ihre Bilanzen in einer Form vor, die einen Vergleich mit dem Vorjahre gestattet. Ihr gesamtes Nominalkapital wuchs von 33,20 auf 33,55

Millionen Mark. Die Dividendensumme der gleichen Unternehmungen wuchs von 2,64 auf 3,15 Millionen Mark. Mit dem jeweiligen Nominalkapital in Vergleich gesetzt, bedeutet das eine Steigerung der Durchschnittsdividende von 7,9 auf 9,4 Prozent.

Für die Produktionsausdehnung der heimischen Porzellanfabriken und indirekt damit auch für die Steigerung ihres Absatzes ist der beste Anhalt der je länger desto stärkere Import von Porzellanerde: vom genannten Rohstoff wurden nach 100 dz während der laufenden Konjunkturperiode folgende Mengen eingeführt:

Jahr	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Einfuhr	2552	2612	4287	2617	2817	3238
Beg. d. Vorj.	+ 60	+ 125	+ 130	+ 200	+ 421	

Im letzten Jahre wurden also 686 000 dz Kaolin mehr eingeführt als 1907. Im Januar 1913 ist die Einfuhrmenge zunächst zurückgegangen und zwar von 239 465 dz auf 234 880 dz. Recht günstig hat mit Beginn dieses Jahres das Auslandsgeschäft eingesetzt. Die Gesamtausfuhr von Porzellan betrug im Januar des Vorjahres 33 920 dz; sie stieg im Korrespondenzmonat des laufenden Jahres auf 42 282 dz. Belgien, Frankreich und die Schweiz, von überseeischen Ländern die Union, waren mit erhöhten Bestellungen am Markt.

Hus anderen Verbänden

Eine Konferenz der Tafelglasmacher tagte während der Osterfeiertage in Dresden. In der Hauptsache behandelte die Konferenz die Fragen der Sonntags- und Nachtarbeit und der Berechnung und Bezahlung. In der überzeugendsten Weise wurde nachgewiesen, daß in der Tafelglasindustrie die Sonntagsruhe durchgeführt und die Nachtarbeit auf ein geringes Maß beschränkt werden könne. Da in der Berechnung und Bezahlung der Löhne die denkbar verschiedensten und willkürlichsten Systeme vorherrschen, forderte der Kongreß ferner eine einheitliche Berechnung und Bezahlung. Auch sprach er sich für Schaffung eines geregelten Arbeitsnachweises und für Abstellung hygienischer und sonstiger Mißstände aus.

Ein Kongreß der Kaliarbeiter Deutschlands tagte kürzlich in Hannover. An ihm nahmen Delegierte der Verbände der Berg- und Fabrikarbeiter und der Maschinisten und Heizer teil. Der Kalibergbau ist für die Unternehmer sehr lukrativ. Infolgedessen setzte eine schrankenlose Spekulation ein, die die ganze Industrie in Gefahr brachte. Um den Kalibergbau vor dem direkten Zusammenbruch infolge der Gründerwut zu bewahren, wurden durch ein Reichsgesetz vom Mai 1910 der Kaliabsatz, die Preise und die Löhne geregelt. Doch das Gesetz erfüllt seinen Zweck nicht und muß nach kurzem Bestehen schon geändert werden. Der Kongreß fordert in einer Resolution die gesetzgebenden Körperschaften auf, durchgreifende Vorkehrungen gegen die gemeingefährliche Weiterentwicklung der Zustände in der Kaliindustrie zu treffen. Als beste Reformmaßregel empfiehlt der Kongreß die Einführung eines Reichsmonopols. Im Ablehnungsfalle verlangt er wenigstens eine Änderung des Kaligesetzes, die die unwirtschaftliche Vermehrung der Schachtanlagen verhindert. Außerdem fordert er Reformen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter und solche, die letzteren auskömmliche Löhne sichern.

Der Zentralverband der Fleischer im Jahre 1912. Zu den äußerst schwierigen Agitationsverhältnissen, mit denen der Zentralverband der Fleischer bei seiner Ausbreitung zu kämpfen hat, trat im Jahre 1912 — als Folge unserer großagrarisches Schutzpolitik — eine scharfe wirtschaftliche Krise durch die Viehteuerung hinzu. Die Einschränkung des Fleischkonsums brachte Arbeitslosigkeit im höheren Maße für die Fleischergehilfen mit sich. Die Arbeitslosigkeit, die im Jahre 1911 nach den Stichtagen der Gewerkschaften durchschnittlich 3,7 Proz. ausmachte, stieg im Jahre 1912 auf 7,3 Proz. im Jahre 1912.

Trotz dieser widrigen Verhältnisse steigerte die Organisation ihre Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt von 4753 auf 6173, nach den Jahresabschlüssen von 5454 auf 6502. Das Verbandsvermögen betrug am Jahreschluß 54 234 Mark.

Vermischtes

Der Arbeitsmarkt im Februar 1913. Obwohl die Lage des Arbeitsmarktes im Februar d. J. gegenüber dem Vormonat eine Besserung aufweist, stellt das „Reichsarbeitsblatt“ doch

fest, daß diese Besserung hinter der stets um diese Jahreszeit eintretenden Verbesserung und insbesondere hinter jener im vorigen Jahre zurückgeblieben ist und wahrscheinlich auch in der Zukunft zurückbleiben scheint. Die Mehrzahl der auf der Industrie vorliegenden Berichte verzeichnete einen zufriedenstellenden Geschäftsgang. Die Arbeiterzahl der in dieser Weise berichtenden Firmen hatte um 5,5 Prozent gegen das Vorjahr zugenommen. — In den dem „Reichsarbeitsblatt“ mit Berichten dienenden Krankentassen hat sich die Zahl der Mitglieder im Februar um 29 211 vermehrt; im Februar 1912 betrug diese Zunahme gegenüber dem Januar jedoch 85 668. Bemerkenswert ist, daß in diesem Jahre die männlichen Mitglieder viel weniger zugenommen haben als die weiblichen. — Bei den berichtenden Arbeitsnachweisen entfielen im Februar 1913 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 190 Arbeitsuchende, gegen 191 im Vormonat und gegen 177 im Februar 1912. — Von den Fachverbänden (Gewerkschaften) haben 49 mit 2 042 806 Mitgliedern vergleichbare Berichte eingesandt. Sie verzeichnen insgesamt eine Arbeitslosigkeit von 2,9 Prozent, gegen 3,2 Prozent im Januar 1913 und 2,6 Prozent im Februar 1912. Die Steingut- und Porzellanindustrie war ausreichend beschäftigt. Die unsicheren politischen Verhältnisse und die Spannung auf dem Geldmarkt verursachten jedoch eine empfindliche Zurückhaltung der Kundschaft.

Die belgische Arbeiterschaft plante zur Unterstützung des Wahlrechtstampfes den Generalstreik. Nachdem die Bürgermeister der belgischen Großstädte erklärt hatten, daß sie nicht vernachlässigt werden, um die Regierung zum Angriff einer Verfassungsrevision zu veranlassen, zog das Nationalkomitee die Proklamierung des Generalstreiks zurück. Der Jahreskongreß der belgischen Arbeiterpartei beschloß jedoch einstimmig den Generalstreik. Dieser soll am 14. April beginnen und einen durchaus friedlichen Charakter tragen.

Der zweite Bundestag der deutschen Arbeiteresperantisten fand zu Ostern in Frankfurt a. M. statt. Vom Auslande waren durch Delegierte vertreten: Frankreich, Holland, Rußland, Spanien und Böhmen. Nach Erstattung des Geschäftsberichtes wurden die Fragen über die Agitation und über den Wert eines internationalen Zusammenschlusses der Arbeiteresperantisten ventiliert. Der Sitz des Vorstandes wird von Hamburg nach Hannover verlegt.

Versammlungs-Berichte etc.

Sera. Am Freitag, den 21. März, hielten die Verwaltungen der Zahlstellen Langenberg, Roschütz und Untermyhaus eine gemeinschaftliche Sitzung ab, um die schon längere Zeit schwebende Frage der Verschmelzung dieser drei Zahlstellen zu erörtern. Das einleitende Referat hatte Genosse Boesener-Untermyhaus übernommen. In eingehender und ausführlicher Weise begründete derselbe die dringende Notwendigkeit der Verschmelzung sowohl vom prinzipiellen Standpunkt aus, als auch unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse, um dadurch eine bessere Gewähr für eine erfolgsversprechende Ausbreitung der Organisation und eine größere Aktionsfähigkeit der zu bildenden einen Zahlstelle zu schaffen. Nach einer ersten aber sachlichen Diskussion gaben sämtliche Vertreter ihr vollstes Einverständnis zu dem Vorschlage kund. Ein endgültiger Beschluß wurde nicht gefaßt, da erst in den nächsten Zahlstellenversammlungen am 11., 12. und 13. April den Mitgliedern Bericht erstattet werden wird.

Reichmannsdorf. Recht gut besucht war die kürzlich im „Meininger Hof“ abgehaltene Porzellanarbeiterversammlung, in der Kollege S. Böhner-Rudolstadt, über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation sprach. Mehr als 100 Kollegen und Kolleginnen füllten das Versammlungslokal. Der Redner schilderte eingehend die traurigen Verhältnisse, unter denen wir Porzellanarbeiter zu leiden haben und erläuterte die Entstehung der Tuberkulose und ihre Folgen. Mit reichem Beifall wurde das Referat aufgenommen. Hierauf ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden nach den Ausführungen des Referenten zu handeln und sich, soweit dies noch nicht geschehen, ihrer Gewerkschaft an zu schließen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden einige Gedichte von Heine vorgetragen.

Adressen-Änderungen

- Arzberg.** Rff. Wilh. Kießling, Bahnhofstr. 228 (Konsumgebäude).
Breslau. Schf. Theodor Rudolph, Klosterstr. 77 p.
Charlottenburg. Redaktion und Expedition der „Ameise“ Rosinenstraße 3, Vorderhaus 3 Tr.
Cöln. Wf. Heinrich Kann, Figurist, Mastricherstr. 21 — Kv. Bernhardt Dittert, Wl., Friesenwall 19, 2 Tr.
Fürstenberg a. O. Rff. Albert Mehlin, Bahnhofstr. (Konsum).
Grünstadt. Schf. Rudi Ball, Dr., Reuleinigen, Gasthaus z. Felsen.
Hornberg (Schwarzwaldbahn). Wf. Wilhelm Käser, Poststr. 335 — Schf. Adolf Hohloch, Gutachstr. 6 — Rff. Leopold Wader, Hauptstraße 64 — Kv. R. Richter, Bertelsbachstr.

Sterbetafel.

Berlin. Johann Wiener, Glasmaler, geb. 31. 10. 1869 in Wallern in Böhmen, gest. 30. 3. an Nierenleiden.

Stadtlengsfeld. Bernhard Lang, Gießer, geboren 14. 2. 1875 in Gleicherwiesen, gestorben 20. 3. an Asthma. Letzte Krankheitsdauer 6 Tage.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeigen

Hilthaldensleben. Sonnabend, 12. April, 8 Uhr, bei Peters (Gasthaus zur Post). Besprechung des Statutenentwurfs. Alle erscheinen.

Annaburg. Sonnabend, 5. April, 8 Uhr, in Bed's Gesellschaftshaus.

Huma. Sonnabend, 5. April, 7 1/2 Uhr, bei Senff.

Arzberg. Sonntag, 13. April, nachmittags, im Konsumvereinslokal.

Berlin. Montag, 7. April, 7 Uhr, Schildermaler, an der Stralauer Brücke 3. — Sonnabend, 12. April, 8 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Büro. — Sonnabend, den 19. April, 8 1/2 Uhr, Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Buckau. Sonntag, 13. April, vorm. 10 Uhr, in der Thalia. Abschluß.

Golditz. Sonnabend, 12. April.

Cöln. Dienstag, 8. April, 9 Uhr, bei Söntgen, Schaafenstr. 45. Verschmelzungsfrage.

Düsseldorf. Sonnabend, 5. April, 8 1/2 Uhr, Schildermaler, bei Walbers, Herzogstr. 95. — Sonntag, 13. April, vormittags 10 Uhr, bei Schmitz, Ede Jahn- und Kirchfeldstr.

Elsterwerda. Sonntag, 13. April, 4 Uhr, im „Deutschen Kaiser“, bei Bose.

Frankfurt a. M. Sonnabend, 19. April, 8 1/2 Uhr, bei Kemm, Große Rittergasse 56.

Freienoria. Sonnabend, 12. April, im Saal, Maschhausen. Bibliotheks- und Quittungsbücher mitbringen.

Freiberg. Sonnabend, 5. April, 4 Uhr, in der „Union“.

Goldlauter. Sonntag, 13. April, „Drei Linden“. — Sonntag, 6. April, Verwaltungssitzung.

Grünhain. Sonnabend, 12. April, 8 1/2 Uhr, im Rest. „Goldhahn“.

Höhr. Montag, 7. April, 8 Uhr, im Gasthaus „Kaiser Friedrich“.

Kahla. Sonnabend, 5. April, 8 1/2 Uhr, im Rosengarten.

Kronach. Sonnabend, 5. April, im „Bayr. Hof“. Wichtige Tagesordnung.

Königssee. Montag, 14. April, 6 Uhr, im Rathaus.

Langenau. Sonnabend, 12. April, 8 Uhr, bei August Fehn. Abschluß.

Langwiesen. Sonnabend, 12. April, 9 Uhr, im Felsenteller. Alle erscheinen.

Langenberg. Sonnabend, 12. April, 5 Uhr, im Kaiserhof.

Leipzig. Sonnabend, 12. April, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zeitzerstr. 32.

Liegnitz. Sonnabend, 5. April, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Magdeburg. Sonnabend, 5. April, 8 Uhr, bei Koppehl, Fabrikstr. 5-6. Vortrag über „Die Gelben“. Referent Gen. Undentsch.

Mannheim. Sonnabend, 12. April, bei Ww. Ringinger, S. 7. 24.

Marktleuthen. Sonntag, 13. April, 3 Uhr, in Kirchenlamitz, im Lokal der freien Turnerschaft. Vortrag des Gauleiters Bredow.

M.-Glabach. Sonntag, 6. April, Sektionsversammlung in Biersen. — Sonnabend, 12. April, Zahlstellenversammlung in M.-Glabach.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 12. April, 8 1/2 Uhr, in Herzogs Festhale.

Nürnberg. Sonnabend, 12. April, im „Historischen Hof“, Neugasse. Abschluß.

Oberkotzau. Sonnabend, 5. April, 8 Uhr, bei Wilhelm Viebig.

Oelde. Sonnabend, 5. April, bei Anton Linnenbrink.

Osterode. Montag, 14. April, 6 Uhr, im Schützenhaus.

Rosslau. Sonnabend, 5. April, 7 Uhr, in der Krone.

Schedewitz. Montag, 7. April, 6 1/2 Uhr, im Konsum-Verein. Alle erscheinen.

Schmiedefeld. Sonnabend, 12. April, 8 Uhr, im Gasthaus bei Fischer. Alle erscheinen. Abschluß.

Schönwald. Sonnabend, 5. April, 8 Uhr, in der „Krone“.

Schwarzenberg. Sonnabend, 12. April, 8 1/2 Uhr, im „Bettiner Hof“. Abschluß.

Sitzendorf. Montag, 7. April, 6 Uhr, im Gambrinus. Wichtige Tagesordnung.

Spandau. Sonnabend, 12. April, 8 Uhr, Bichelsdorferstr. 5.

Staffel. Sonntag, 6. April, 2 Uhr.

Suhl. Sonnabend, 5. April, 3 1/2 Uhr, in „Dombergs Ansicht“.

Teltow. Freitag, 4. April, außerordentliche Zahlstellenversammlung.

Tettau. Montag, 14. April, 6 Uhr, im „Schwarzen Adler“. Abschluß.

Tiefenfurt. Sonnabend, 5. April, in der Brauerei.

Unterpörlitz. Sonnabend, 12. April, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Uegesack. Sonnabend, 12. April, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Weißwasser. Sonnabend, 5. April, 8 1/2 Uhr, im Café Central.

Anzeigen

Achtung!

Alle für die Redaktion und Expedition bestimmten Sendungen sind vom 1. April ab nach Rosinenstraße 3, Vorderhaus 3 Tr., zu richten.

Achtung!

Gau Schlesien und Sachsen. Den Verwaltungen u. Mitgliedern d. Gaus zur Kenntnisnahme, daß der Gauleiter, Genosse Hirsch, bis zum 8. Mai seinen Aufenthalt in Berlin hat. Alle Zuschriften sind in dieser Zeit zu adressieren:

Martin Hirsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Büro des Porzellanarbeiter-Verbandes.

Berlin. Wir machen darauf aufmerksam, daß am 7. April wieder ein Kursus für Kunst- u. Plattschriften stattfindet. Wir bitten die Lehrlinge besonders darauf hinzuweisen, daß ihnen dort Gelegenheit gegeben ist, alle Arten von Schriften kennen zu lernen. Anmeldungen und alle nähere Auskunft erteilt

Karl Freiesleben, Naunynstr. 85, pt.

Düsseldorf. Den Kollegen zur Kenntnis, daß ich den Abschluß vom 1. Quartal bestimmt am Montag, 14. April fertigstelle. Bitte deshalb, die Beiträge bis dahin zu begleichen.

Der Kassierer.

Sonntag, den 13. April, vormittags 10 Uhr, außerordentliche Zahlstellenversammlung, im Lokal Schmitz, Ede Jahn- und Kirchfeldstr. Als einziger Punkt: Statutenberatung. Zahlreichen Besuch erwartet Die Verwaltung.

Die Versammlung der Figurenbranche fällt aus

Frankfurt a. M. Den Zahlstellenmitgliedern zur Kenntnis, daß bis zum 15. April alle Reste beglichen sein müssen. Die Einzelmitglieder wollen Streikmarken und Lokalbeiträge nicht vergessen.

Der Kassierer.

Freiberg. Allen durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß ich Unterstützung nur in meiner Wohnung auszahle und zwar mittags von 12 bis 1 1/4 Uhr und abends von 6 bis 7 Uhr.

Der Kassierer.

Goldlauter. Am Sonnabend, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr, feiert die hiesige Zahlstelle bei Gebhardt Heim ihr diesjähriges Stichtungsfest, wozu sämtliche Mitglieder und die umliegenden Zahlstellen freundlichst eingeladen sind.

Die Verwaltung.

Höhr. Mache die Mitglieder darauf aufmerksam, daß ich den Abschluß zum 13. April fertig stelle und bitte, die Reste bis dahin zu begleichen.

Der Kassierer.

Könitz. Der Abschluß wird bestimmt am 14. April fertig gestellt. Bibliotheksbücher kommen jeden Sonntag von 11-12 Uhr in der Bergschloßbrauerei zur Ausgabe. Dies möchten die Mitglieder beachten.

Der Kassierer.

Langenberg. Mitglieder, die noch Beitragsreste haben, wollen diese begleichen, da der Abschluß in den nächsten Tagen eingesandt wird. Die nächste Versammlung findet Sonnabend, den 12. April, nachmittags 5 Uhr, im Kaiserhof statt. Berichterstattung über die am 21. März stattgefundene Verwaltungskonferenz, wo die Verschmelzung der drei Zahlstellen Langenberg, Roschütz und Untermhaus behandelt wurde. Es ist notwendig, daß alle Mitglieder erscheinen.

Die Verwaltung.

Mitterteich. Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß das 1. Quartal mit dem 29. März beendet ist und ich den Abschluß bis zum 19. April fertig stellen muß. Ersuche darum um Begleichung sämtlicher Reste bis dorthin. Denjenigen Mitgliedern, welche arg im Rückstande sind, lege ich besonders ans Herz, ihre Pflicht zu erfüllen.

Der Kassierer.

Pössneck. Unterstützung aller Art kann ich nur von 12 bis 1 mittags und von 6 bis 7 Uhr abends in meiner Wohnung auszahlen.

Der Kassierer.

Plaue. Den Kollegen zur Kenntnis, daß ich den Abschluß bestimmt am 14. April fertig stelle. Bitte deshalb, die Beiträge bis dahin zu begleichen.

Schönwald. Sonnabend, 5. April, 8 Uhr, in der „Krone“ Versammlung. Beratung über den Statutenentwurf des Keramarbeiterverbandes.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebot kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
--	---------------------	--

Modelleur, in der elektrotechnischen und Geschirrbrennerei erfahren, Fachschulbildung, gestützt auf 1a Zeugnisse sucht dauernde Stellung. Gest. Offerten unter G. R. an die Red. erbeten.

